

Pressemitteilung
Kiel, 16.06.2026

Personalplanung: Konsolidierungskurs nicht leichtfertig aufgeben

Zu der aktuellen Berichterstattung über den Personalbericht der Stadtverwaltung erklärt der Vorsitzende der SSW-Ratsfraktion Kiel, Ratsherr Marcel Schmidt:

„Wir nehmen die Äußerungen des neuen Personaldezernenten Sascha Thümmler mit ein wenig Erstaunen zur Kenntnis. Seine Aussage „Wir hinterfragen zwar den bisherigen starren Abbaupfad, stellen damit aber nicht grundsätzlich die Bedeutung des Stellenabbaus für die Haushaltskonsolidierung infrage“ lässt erheblichen Spielraum für Spekulationen. Positiv bewerten wir, dass er Prozesse optimieren und die Aufgabenerfüllung kritisch hinterfragen will. Wenn Herr Thümmler die Auffassung vertritt, dass das volle Potenzial noch nicht gehoben sei und die Kieler Verwaltung „weiterhin in Transformationsressourcen investieren“ müsse, dann diskutieren wir darüber gerne mit ihm.

Dennoch bleibt etwas Skepsis. Der Stellenabbaupfad hatte - angesichts der dramatischen Haushaltssituation mit Haushaltssperre im vergangenen Jahr - eine breite Akzeptanz in der demokratischen Mitte. Christian Zierau, Sascha Thümmlers Vorgänger, hatte engagiert und intensiv bei den Fraktionen dafür geworben. Diesen breiten Konsens nun infrage zu stellen ist zunächst ein nicht unerhebliches politisches Risiko.

Weiterhin sehen wir die Gefahr, dass grün-rote Prestige-Projekte eine Vollaussstattung erhalten, während andere Bereiche der Verwaltung, die für das Funktionieren unserer Stadt essenziell sind, darunter leiden müssen. Wir fordern deshalb eine enge Einbindung von Personalrat, Gewerkschaften, der Gleichstellungsbeauftragten und weiteren Beauftragten, die mit Personalangelegenheiten befasst sind, sowie die Erstellung einer Belastungsanalyse als Grundlage für die weitere Personalplanung, damit

diejenigen, die vom Arbeitsdruck besonders betroffen sind, nicht noch stärker belastet werden. Es muss darum gehen auf der Grundlage von belastbaren Daten und Erkenntnissen eine gerechte Auslastung des Personals zu erzielen, statt politische Prestige-Projekte zu bevorzugen.“